



Daniel Dubas, Daniel Wachter, Frédéric Barman, Christine Richard

Dialog Nachhaltige Entwicklung Schweiz

2. September 2011

Anhörungsbericht

1 Ausgangslage

Der „Dialog Nachhaltige Entwicklung Schweiz“ hat am 2. September 2011 in Form einer konferenziellen Anhörung zum Entwurf der „Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012-2015“ des Bundesrates stattgefunden.

Die Teilnehmenden aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Kantonen, Städten und Zivilgesellschaft wurden dabei in einem ersten Teil über die erfolgten Arbeiten und die geplanten Inhalte der Strategie informiert. In einem zweiten Teil konnten sie sich in zwei Arbeitsgruppen zu spezifischen Fragen äussern und wertvolle Inputs einbringen.

2 Generelle Fragen und Erwartungen an die Strategie Nachhaltige Entwicklung

Die beiden folgenden Fragen sind diskutiert worden:

- *Haben Sie generelle Bemerkungen zur Strategie und zu deren Aufbau?*
- *Sind die Antworten auf die Fragestellungen der UNO-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung (Rio+20) genügend klar dargelegt?*

Die Teilnehmenden erachten die Schlüsselherausforderungen generell als zielführend in Sinne einer Kontinuität. Das Thema „grüne Wirtschaft“ nimmt im Dokument eine relativ wichtige Stellung ein.

Für verschiedene Teilnehmende sollten die folgenden Themenbereiche in der Strategie noch vertieft werden:

- Das Thema des negativen Wachstums
- Alternativen zum Bruttoinlandprodukt (BIP)
- Das individuelle Verhalten im Bereich des Konsums und der Mobilität
- Das Wechselverhältnis zwischen der Schweiz und der Welt (globaler ökologischer Fussabdruck unseres Konsums)
- Die Finanzindustrie und die Stabilität des internationalen Finanzsystems
- Das Systemdenken im Bildungswesen
- Menschenrechte
- Nicht technologische Innovationen
- Eine präzisere Definition der Nachhaltigkeit.

3 Bilanz der Umsetzung der Politik der Nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz seit 1992

Die beiden folgenden Fragen sind diskutiert worden:

- *Was hat die Schweiz in Bezug auf die Nachhaltige Entwicklung erreicht?*
- *Welches sind aus Ihrer Sicht die zentralen Elemente, die diesbezüglich speziell hervorzuheben sind?*

Die Teilnehmenden sind sich einig, dass das Monitoringsystem MONET ein ausgezeichnetes Instrument ist, um langfristige Entwicklungen zu beobachten und Anpassungen im Bereich des staatlichen Handelns vornehmen zu können. Die Möglichkeit zum Messen ermöglicht konkretere und wirkungsvollere Strategien.

Die folgenden Aspekte oder Fragen wurden von den Teilnehmenden vorgebracht:

- Die im Vergleich zur EU unbürokratische Art der Schweiz ermögliche gute Antworten in Bezug auf die sich stellenden Herausforderungen.
- Im Bereich der Gesundheitsförderung seien auf der Ebene der Massnahmen (Output) bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden, doch die konkreten Resultate (Outcome) seien beschränkt.
- Es wäre interessant, auf der europäischen Ebene oder im Rahmen der OECD Indikatoren wie diejenigen von MONET zu haben, um die Entwicklungen in verschiedenen Sektoren mit der Schweiz vergleichen zu können (Benchmarking). Die Bilanz wäre wissenschaftlicher abgestützt und objektiver. Die Schweiz könnte eine Führungsrolle im Bereich der Indikatoren übernehmen.
- Enthält die Bilanz neben dem Messen der Entwicklung durch Indikatorensysteme auch die Umsetzung der politischen Massnahmen? Dies ist in der Tat so, jedoch ist es nach wie vor in gewissen Teilbereichen schwierig, Fortschritte zu messen. Im Umweltbereich ist dies relativ einfach, im Sozialbereich ist die Wertung jedoch oft qualitativer Natur.
- Die Umsetzung der beschlossenen Massnahmen sei sehr wichtig. Beispielsweise im Bereich der Raumplanung gäbe es grosse Versäumnisse bei der Umsetzung.
- Im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens und im Baubereich seien zahlreiche Fortschritte erzielt worden.
- Der „Rebound-Effekt“ müsse thematisiert werden.
- Die Versäumnisse in den Bereichen des Ressourcen- und Energieverbrauchs, wo die Ziele nicht erreicht worden seien, müssten in den Vordergrund rücken.

4 Aktionsplan: Schlüsselherausforderungen und Massnahmen

Die beiden folgenden Fragen sind diskutiert worden:

- *Sind alle relevanten Themen in der Strategie aufgenommen worden?*
- *Ist der Aktionsplan in Bezug auf die identifizierten Schlüsselherausforderungen ausgewogen?*

Generell betrachtet erachteten die Teilnehmenden die Auswahl der Schlüsselherausforderungen und der diesen zugeordneten Massnahmen als thematisch passend und kohärent.

Zu den Inhalten wurden folgende Punkte oder Fragen hervorgehoben:

- Im Bereich der Forschung und der Innovation fehlten Nachhaltigkeitskriterien.
- Die Debatte über die internationalen Handels- und Investitionsabkommen sei sehr kontrovers.
- Im Bereich der ökologischen Steuerreform sei kaum etwas unternommen worden.
- Die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch müsste auf der konzeptuellen Ebene verstärkt thematisiert werden.

- Erfordern die neuen Massnahmen Gesetzesanpassungen? Dies ist von Fall zu Fall verschieden. Gewisse Massnahmen beinhalten Anpassungen auf Gesetzes- oder Verordnungsstufe, bei anderem geht es um die Umsetzung von geltendem Recht.
- Im Bereich des Schwerverkehrs (Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSVA) sei es wichtig, das Ziel der Verlagerung von der Strasse auf die Schiene nicht aus den Augen zu verlieren.
- Die soziale Dimension der Nachhaltigen Entwicklung wirke schwach, sowohl auf der Ebene der Schlüsselherausforderungen als auch bei den verfügbaren Indikatoren.
- Welches sind die konkreten Massnahmen im Bereich der Schlüsselherausforderung „Sozialer Zusammenhalt, Demografie und Migration“, bei welcher der Titel die Problematik nur schlecht beschreibe? Es gibt diesbezüglich tatsächlich wenig Massnahmen im Aktionsplan, doch die Frage des sozialen und intergenerationellen Zusammenhalts sowie die ungleiche Einkommensverteilung werden hervorgehoben.
- Die Integration der Kultur in die Schlüsselherausforderung „Sozialer Zusammenhalt, Demografie und Migration“ wird generell begrüsst, doch den Beitrag der Kultur zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung gelte es noch zu klären und präzisieren.
- Der Bereich „Konsum“ werde in Anbetracht dessen Wichtigkeit noch zu wenig behandelt.
- Im Gesundheitsbereich fehlten die Aspekte der Umwelteinflüsse und der psychischen Gesundheit.
- Das Zusammenspiel zwischen Bevölkerungswachstum, Verdichtung und steigendem Ressourcenverbrauch sollte noch weiter ausgeführt werden.
- Der Automobilverkehr sollte differenzierter thematisiert werden.
- Aspekte des Glücks wie Freizeit oder Kultur statt Konsum bei der Entfaltung der Menschen sollten thematisiert werden.
- Es bestehe die Notwendigkeit, auf die Externalisierung der ökologischen Auswirkungen im Ausland zu achten.
- Die Schlüsselherausforderung „Bildung, Forschung und Innovation“ müsste aus Prioritätsgründen im Aktionsplan weiter oben aufgeführt werden.
- Die Frage der Nachhaltigen Entwicklung im Finanzbereich (ökologische und soziale Auswirkungen der Investitionen) werde kaum thematisiert. In der Tat fokussiert die Strategie stärker auf die Finanzstabilität des Bundes als auf diese Fragestellungen.
- Wird die Frage der langfristigen Finanzierbarkeit der Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) in der Strategie behandelt? In der Tat betrifft eine Massnahme spezifisch diesen Bereich, indem sie verstärkt auf Budgetregeln im Bereich der Sozialversicherungen abzielt.
- Ist die Sicherheitspolitik in der Strategie enthalten? Eher indirekt, in den Bereichen der sozialen Gerechtigkeit oder der globalen Friedensförderung. Eine Verstärkung dieser Thematik sei ins Auge zu fassen.
- Im Bereich der Instrumente wäre es interessant, eine sogenannte „Sozio-Bilanz“ zu schaffen, wie dies bei den Umweltauswirkungen über Ökobilanzen der Fall ist.

5 Umsetzung der Strategie

Die beiden folgenden Fragen sind diskutiert worden:

- *Hilft Ihnen die Strategie als Orientierungsrahmen für Ihr Milieu? Welche Elemente sind ihnen dabei besonders nützlich?*
- *In welchen Bereichen würden Sie sich zusätzlich Antworten des Bundes wünschen?*

Die Teilnehmenden begrüssen ganz generell die Existenz der Strategie, speziell als Referenzrahmen für ihre eigenen Aktivitäten. Dies ist voraussichtlich der grösste Mehrwert der Strategie, neben dem

konkreten Aktionsprogramm für den Bund und den Begleitmassnahmen zur Unterstützung der lokalen Gebietskörperschaften bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsprozessen und –projekten.

Den Kantonen und Gemeinden sollte bei der Umsetzung der in der Strategie festgehaltenen Modalitäten ein hoher Freiheitsgrad gewährt werden.

6 Valorisierung der Strategie

Die folgende Frage ist diskutiert worden:

- *Wie soll die Strategie nach der Verabschiedung durch den Bundesrat kommuniziert werden?*

Es wird vorgeschlagen, die Kommunikation über die Ziele und den Stand der Umsetzung der Strategie deutlich zu verstärken, vor allem bei den Mitgliedern der Bundesversammlung, welche kaum Kenntnis von der Strategie haben. Die Verknüpfung mit der Legislaturplanung ist sicherlich eine gute Gelegenheit, um die Strategie bei den Parlamentariern bekannter zu machen. Diese werden übrigens jedes Jahr an den „Dialog Nachhaltige Entwicklung Schweiz“ eingeladen.

Diese Kommunikation müsse auch auf der Ebene der Kantone, Regionen und Gemeinden verstärkt werden. Die Kurzfassung der Strategie ist eine ausgezeichnete Publikation zur Verbreitung der Thematik bei den lokalen Nachhaltigkeitsakteuren. Man müsste spezifischer auf Regierungsräte, kantonale Amtsvorsteher und Verantwortliche auf der technischen Ebene fokussieren, welche normalerweise diese Informationen an die entsprechenden Schlüsselpersonen weitergeben.

In diesem Sinn sollte der Bund bei der Kommunikation verstärkt auf konkrete Beispiele von gelungenen Projekten setzen.

Schliesslich sind sich die Teilnehmenden einig, dass die Etiketete „Nachhaltige Entwicklung“ nicht exklusiv in seiner ökologischen Interpretation verstanden werden darf. Die politischen Parteien müssten regelmässig über die Umsetzung der Strategie und der laufenden Massnahmen informiert werden.

7 Schlussfolgerungen

Die anwesenden Personen begrüsstten explizit die Möglichkeit, sich im Rahmen der konferenziellen Anhörung zum Strategieentwurf einzubringen. Gleichzeitig kritisierten gewisse Vertreter, dass sie nicht auch noch schriftlich zum Dokument Stellung nehmen konnten.

Die Strategie wurde nach den Resultaten dieser Anhörung angepasst und im Rahmen der internen Konsultation an die entsprechenden Bundesstellen geschickt, dies im Hinblick auf die Beschlussfassung des Bundesrates zur neuen Strategie im Januar 2012 im Rahmen der „Botschaft über die Legislaturplanung 2011-2015“.

Anhang 1 : Teilnehmerliste

Allal Nadine	Stadt Genf
Babey Anne	Kanton Neuenburg
Blaser Martina	BAFU
Barman Frédéric	ARE
Buergi Bonanomi Elisabeth	World Trade Institute WTl
Bussmann Patrick	Kanton Solothurn
Chappuis Françoise	Stadt Lausanne
Christen Marius	Universität Basel
Delisle Manon	Kanton Freiburg
Dubas Daniel	ARE
Egger Thomas	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB
Felber Dietrich Denise	Public Health Schweiz
Galli Remo	GalliPRomotion
Gilgen Daniel	Gemeinde Köniz
Glaus Melanie	Schweizerischer Bauernverband SBV
Grässli Bettina	Interpharma
Herdeg Philip	Stiftung Umweltbildung Schweiz SUB
Heuberger Silvan	Stiftung Umweltbildung Schweiz SUB
Kaiser Jacqueline	SECO
Kestenholz Matthias	Schweizerische Vogelwarte Sempach
Kneubühler Peter	strasseschweiz - Verband des Strassenverkehrs
Kristensen Philip	FDP.Die Liberalen
Lötscher Markus	BLW
Morvan Lambert Marine	HEG Arc Neuenburg
Müller Werner	SVS/BirdLife Schweiz
Nanchen Eric	Stiftung für die nachhaltige Entwicklung der Bergregionen
Oswald Katrin	Coop Genossenschaft
Pellascio Bernhard	F. Hoffmann-La Roche AG
Renggli Andreas	Polarstern GmbH
Richard Christine	ARE
Rösli Beat	Schweizerischer Bauernverband SBV
Sahdeva Ndotoni Nina	Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung
Schwickert Barbara	Stadt Biel
Silauri Alessandra	BLW
Smrekar Otto	Akademie der Naturwissenschaften Schweiz
Spaar Reto	Schweizerische Vogelwarte
Spicher Georges	cemsuisse
Stampfli Katharina	Wirtschaftsraum Bern
Strozzi Elena	Alpeninitiative
Torche Denis	Travail.Suisse
Trombitas Mila	Schweizer Tourismus-Verband STV
Vellacott Thomas	WWF Schweiz
Wachter Daniel	ARE
Wüest Otmar	Forstdirektorenkonferenz
Ziegler Christine	INTER ACT
Zinder Rémy	Kanton Genf